

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26. August 2013

Ort: Cevi Zentrum Glockenhof, Raum «London»
Zeit: 19:30-22:00 Uhr
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter
Anwesend: 34 Mitglieder
Gäste: Miriam Behrens, GPS
Protokoll: Ulla Blume

1. Begrüssung

Marionna Schlatter begrüsst die Anwesenden.

2. Wahl der StimmzählerInnen

Res Marti wird als Stimmzähler gewählt.

3. Traktanden

Die Traktandenliste wird genehmigt.

4. Protokoll der Generalversammlung vom 13. Mai 2013

Das Protokoll wird ohne Korrekturen genehmigt und verdankt.

5. Mitteilungen

a. Partei und Vorstand: Marionna Schlatter

Die Sommerpause ist vorbei, jetzt laufen die Wahlvorbereitungen: Momentan arbeiten wir an einer neuen Website mit neuer Gestaltung und überarbeiteten Inhalten. Dazu kommt ein neues Datenbanksystem mit einfacherem Zugang für Sektionen zu ihren Mitgliederdaten.

Der Vorstand hat sich mit der Statutenrevision der Grünen Schweiz beschäftigt, die auch unsere Kantonalpartei und unsere Delegierten betrifft.

Momentan sammeln wir Unterschriften für die Klimapetition der Jungen Grünen.

b. KR-Fraktion: Esther Guyer

Die wichtigen Geschäfte sind momentan in den Kommissionen: Richtplan, Gemeindegesetz, ZKB-Gesetz. Dazu führen wir jetzt auch zahlreiche Veranstaltungen durch, um uns gut vorzubereiten. Ein weiteres Thema ist der neue Berufsauftrag für Lehrpersonen.

Heidi Bucher zieht um und tritt somit per Ende September aus dem Kantonsrat zurück.

Wir gehen im Kanton auf eine Steuerfussdebatte zu, das wird schwierig, denn wir haben gleichzeitig einen Investitionsstau im Kanton. Das Kantonsspital verlottert, die Uni platzt aus allen Nähten. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir den Steuerfuss erhöhen, dem steht aber die satte bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat im Weg. Ende September geht es dann mit der Vorbereitung des Budgets los.

c. NR-Fraktion: Daniel Vischer und Bastien Girod

Insgesamt ist es für uns Grüne schwierig mediale Aufmerksamkeit zu erhalten: Wir sind keine Bundesrats-Partei. Mit dieser Schwierigkeit haben wir zu kämpfen. Wir brauchen auf nationaler Ebene mehr Player-Fähigkeiten, aber die sind in der aktuellen Parteienkonstellation schwierig zu erhalten.

Die SP versucht, uns die Umweltthemen wegzunehmen, unsere beiden letzten Initiativen helfen uns aber sehr, uns dort gut zu positionieren.

In der Herbstsession werden im Nationalrat Wirtschaftsgeschäfte behandelt, z.B. der FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act). Zudem werden wir dort ein Vorstosspaket einreichen zu Fracking, Klima, Cäsium im Bielersee. Evtl. findet auch schon die Gripen-Abstimmung statt, danach werden wir das Referendum ergreifen.

d. Junge Grüne: Anna Stünzi

Die Jungen Grünen engagieren sich momentan vor allem für die Abstimmung zur Aufhebung der Wehrpflicht.

Am 22.9. findet die grosse Velodemo statt – mit Velo-Catwalk.

Das alternative 1. August-Fest war ein riesiger Erfolg, danke an alle (privaten) SpenderInnen!

6. Kantonale Abstimmungen vom 22. September 2013

Input Beat Bloch:

Die letzte Stimmrechts-Initiative liegt 25 Jahre zurück – es ist Zeit für einen neuen Versuch. Der Unterschied zur früheren Initiative: Wir verlangen keine Einführung des Stimmrechts auf kantonaler Ebene, sondern wollen die Gemeindeautonomie in dieser Hinsicht erhöhen.

Was will die Initiative?

Die Gemeinden sollen die Möglichkeit haben, AusländerInnen die politischen Rechte auf kommunaler Ebene einzuräumen.

Was sind die Voraussetzungen?

- 10 Jahre Aufenthalt in der Schweiz
- 3 Jahre Aufenthalt in der Gemeinde
- Antrag der ausländischen Person

Was will die Initiative nicht?

- AusländerInnenstimmrecht auf kantonaler Ebene
- Zwang für Gemeinden AusländerInnen politische Rechte zu gewähren
- Automatisches Stimmrecht bei Erfüllen der Voraussetzungen

Warum JA?

- Stimmrecht ohne Einbürgerung
- Integration über Engagement
- Mitbestimmung im direkten Umfeld
- Sicherung von Kompetenzen
- Gegenrecht zum Ausland
- Positives Signal für Einwohner ohne CH-Pass

Wer unterstützt die Initiative?

- Second@s plus
- GLP Zürich
- VPOD
- SP Zürich
- Piratenpartei Zürich
- GBKZ
- CSP
- Travail.Suisse Zürich
- AL Zürich
- Grüne Zürich
- Unia

Jasmin Pokerschnig: Warum gibt es die Hürde mit dem Antrag? SchweizerInnen bekommen ja auch einfach alle ein Couvert. → Um Gegenargumente zu entkräften, man muss nur einmal einen Antrag stellen.

Esther Guyer: Leider ist die Initiative sehr soft und geht etwas unter. → Ja, das stimmt. Es gibt auch kein Gegenkomitee, alles passiert sehr im Stillen. Dem Komitee fehlen die Mittel für eine grosse Kampagne. Mund-zu-Mund- ist die beste Propaganda:

Parole:

Die JA-Parole wurde bereits einstimmig im Vorstand gefasst.

7. Nationale Abstimmungen vom 22. September 2013

Die Delegiertenversammlung vom 24. August hat die Parolen zu den eidgenössischen Parolen gefasst:

Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»	JA
Epidemiengesetz	JA
Arbeitsgesetz	NEIN

8. Varia

-

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 20:15 Uhr

THEMA:

DREI PROJEKTE FÜR EINE NATIONALE VOLKSINITIATIVE DER GRÜNEN

Miriam Behrens, Generalsekretärin Grüne Schweiz

Die Überlegungen zu möglichen Initiativthemen starteten im Frühjahr. Im Juni-Vorstand wurden aus 8 Projektvorschlägen 3 ausgewählt. Diese hatten eine deutliche Mehrheit. Unser Ziel ist es, ein Umweltthema mit gesellschaftlich-sozialem Bezug zu finden.

Die neue Initiative soll vor dem Wahltermin fertig gesammelt sein, es soll also im September vor den Wahlen eingereicht werden.

DV ist mit der Konsultation über eine Initiative überfordert. Deswegen läuft jetzt eine Vorkonsultation bei den Kantonalparteien und im Vorstand der Grünen Schweiz. Dazu gibt es ein Treffen der kantonalen Präsidien und Sekretariate, wo die Kantone ihre Meinungen auch einbringen können. Es ist auch möglich, noch neue Ideen einzubringen.

Projekt 1:

Initiative gegen Öko- und Sozialdumping «Für importierte Güter, die die ökologischen und sozialen Standards der in der Schweiz produzierten Güter erfüllen»



Ziel der Initiative

- Benachteiligung oder gar Verbot von Produkten, die unter schlechteren Öko- und Sozialstandards als in der Schweiz üblich produziert wurden.
- Förderung ökologischer und sozialer Fortschritte
 - In Produktion und Transport von Gütern im Ausland
 - In Schweizer Unternehmen, weil diese nicht mehr durch ausländische Unternehmen konkurrenziert werden, die sich nicht an Schweizer Öko- und Sozialstandards halten

Politischer Handlungsbedarf

- Globalisierung → schädlicher Wettbewerb zu Lasten von Arbeitenden und Umwelt
- Auslagerung schmutziger, gefährlicher und unsozialer Produktion ins Ausland
- Hohe ökologische und soziale Standards schwierig durchzusetzen, da Schweizer Unternehmen Konkurrenz aus dem Ausland fürchten
- Untolerierbare Arbeitsbedingungen in anderen Ländern

Kommunikation

- Sympathie der Konsumenten
- Schutz der einheimischen Wirtschaft, die hohe Standards einhält
- Ergänzt und vervollständigt Initiative «für eine Grüne Wirtschaft»

Mögliche Allianzen

- Gewerkschaften
- NGO
- Unternehmen mit starker ausländischer Konkurrenz
- Schutz schweizerischer Agrarprodukte

Vorschlag Initiativtext

Neuer Artikel: Öko- und Sozialdumping bekämpfen

¹ Gegen die Unterbietung von ökologischen und sozialen Standards in der Schweiz durch importierte Produkte kann der Bundesrat geeignete Massnahmen ergreifen.

² Die Massnahmen müssen eine Bevorzugung von Produkten die unter hohen sozialen Standards hergestellt und ein Verbot von Produkten die unter Missachtung der Menschenwürde hergestellt wurden, ermöglichen.

³ Die Massnahmen müssen eine Bevorzugung von Produkten die unter vergleichbaren ökologischen Standards hergestellt und transportiert wurden wie in der Schweiz, ermöglichen. Für Produkte die nur im Ausland produziert werden, gelten die höchsten ausländischen Standards als Referenz.

⁴ Der Bundesrat kann dazu folgende Massnahmen anordnen:

- a. Obligatorische Deklaration der ökologischen und sozialen Auswirkungen der Produktion und des Transports
- b. Zielvereinbarungen mit Importeuren
- c. Vergünstigungen fiskalischer und finanzieller Art für die jeweils besten Produkte
- d. Besteuerung des Imports der schlechtesten Produkte
- e. Einfuhrverbote

⁵ Mangelnde Transparenz und Vorenthaltung der Zahlen durch den Importeur führt zur schlechtesten Einstufung der Produkte.

Optional

⁶ Die Massnahmen umfassen:

- a. Verbot des Imports von Produkten die mittels Kinderarbeit produziert wurden.
- b. Kompensation der durch den Import verursachten Umweltbelastung.

Beurteilung des Initiativprojekts

politische Bedeutung	Ja: mehr Nachhaltigkeit im Welthandel dringend nötig
Verfassungsstufe	Ja, neue Grundsätze für den internationalen Handel
Lösungsbeitrag	Ja, mehrere konkrete Massnahmen werden vorgeschlagen
Grünes Thema	Ja: Grüne Wirtschaft im internationalen Handel
positive Positionierung	Ja: kritische Haltung zum Welthandel wird allgemein unterstützt
Interne Mobilisierung	Ja: Verknüpfung Ökologie, Soziales, Wirtschaft und Globales
mögliche Allianzen	Sehr breit: NGO, Gewerkschaften, Unternehmen, Landwirtschaft
mögliche Konkurrenz	Nein, keine in Sicht

Verständnisfragen:

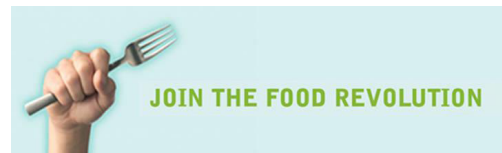
Das Projekt ist sehr technisch, aber mit guten Beispielen gut kommunizierbar.

Hans Läubli: Wie gut lässt sich das mit Handelsabkommen vereinbaren? → Das wurde mit ExpertInnen abgeklärt. Es darf keine unterschiedlichen Standards für Inland/Ausland oder für die verschiedenen (Aus)länder geben. Zudem müssten die anderen Länder gegen unsere Standards klagen, und das ist nicht wahrscheinlich. Schwieriger ist es, die bestehenden Standards für die gesamte Produktpalette zu definieren. Evtl. lassen sich nur Standards bestimmen für Produkte, die auch in der Schweiz produziert und importiert werden.

Martin Bischoff: Der Titel klingt negativ. → Das ist ein Arbeitstitel, wird positiv formuliert.

Projekt 2:

Initiative für gesunde, umweltfreundliche und regionale Lebensmittel



Ziel der Initiative

- Gentechfreie Lebensmittel (Moratorium läuft aus)
- Klimaschutz bei Lebensmitteln verbessern (Die Klimabelastung bei der Lebensmittelproduktion macht 20% der Gesamtbelastung aus.)
- Faire Produktionsbedingungen stärken
- Lebensmittelqualität verbessern – Risiken für KonsumentInnen reduzieren
- Nahrungsmittelverschwendung bekämpfen

Politischer Handlungsbedarf

- Gentech-Moratorium läuft Ende 2017 aus
- Hohe Klimabelastung durch Lebensmittel (rund 20% der Treibhausgasemissionen)
- Produktionsbedingungen bei importierten Lebensmittel fallen teilweise hinter die ILO-Normen
- Qualität bei verarbeiteten Lebensmittel oft unklar, weil Deklarationspflicht fehlt
- Foodwaste: 1/3 der Lebensmittel wird weggeworfen

Kommunikation

- Lebensmittel betreffen alle → Popularität
- Auf dem Land: Fokus auf Produktion
- In der Stadt: Fokus auf Konsum

Mögliche Allianzen

- Umweltverbände
- Gentech-kritische Kreise
- Bäuerliche Organisationen
- KonsumentenschützerInnen
- Teil der europäischen Bewegung: die Europäischen haben bereits eine Kampagne

Vorschlag Initiativtext

Artikel 104a (neu) Gesunde und umweltfreundliche Lebensmittel

¹ Der Bund sorgt für eine gesunde und umweltfreundliche Ernährung und trifft dazu Massnahmen in allen Bereichen der Ernährungskette von Produktion über Verarbeitung, Distribution, Konsum und Entsorgung. Er bezieht dabei den internationalen Handel ein.

² Er trifft Massnahmen für den sparsamen Umgang mit Lebensmitteln und gegen Nahrungsmittelverschwendung.

³ Die in der Schweiz produzierten Lebensmittel sind gentechnikfrei.

⁴ Beim Import von Lebensmitteln gelten mindestens die gleichen ökologischen und sozialen Standards wie in der Schweiz.

⁵ Die Treibhausgasemissionen für Herstellung, Transport, Verpackung und Lagerung von Lebensmitteln sind zu kompensieren.

Artikel 197

11. Übergangsbestimmung zu Artikel 104 Absatz 3 Buchstabe c.

Das Gesetz schreibt für alle Lebensmittel und deren Zutaten die Deklaration von Herkunft und Energieverbrauch für Herstellung, Transport, Verpackung und Lagerung vor. Tritt die Gesetzgebung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Annahme dieser Bestimmung in Kraft, so regelt der Bundesrat in der Verordnung.

Beurteilung des Initiativprojekts

politische Bedeutung	Ja: wie weiter nach Agrarreform 2014-2017?
Verfassungsstufe	Ja, Kompetenzzuweisung und Gesetzgebungsauftrag
Lösungsbeitrag	Ja, zu mehreren drängenden Problemen im Ernährungsbereich
Grünes Thema	Ja: nachhaltige Landwirtschaft und Lebensqualität
positive Positionierung	Ja: neue Landwirtschaftsmodelle thematisieren
Interne Mobilisierung	Ja, spricht Grüne in der Stadt und auf dem Land an
mögliche Allianzen	Landwirtschafts- und Konsumverbände, Umweltverbände
mögliche Konkurrenz	Initiative des Bauernverbands

Verständnisfragen:

Marionna Schlatter: Es gibt eine Initiative des Bauernverbands: Ernährungssouveränität sichern (60%). → Wir haben den Bauernverband unter Zugzwang gesetzt. Ausserdem ist er intern verstritten, die Initiative soll auch wieder zusammen schweissen. Der Bauernverband hat andere Ziele als wir, auch wenn wir beide Kulturlandschutz wollen. Der Bauernverband will aber intensivieren und sicher wollen sie nicht mit uns, sondern vor uns mit ihrer Initiative loslegen.

Silvia Rigoni: Dieses Projekt ist eine thematische Einengung des ersten Projekts. → Ja, aber trotzdem ist wohl noch zu viel in das Projekt gepackt. Evtl. müssen wir noch mehr eingrenzen, z.B. auf Zahlungen (Direktzahlungen in ökologische Produktion). Gespräche mit dem Bauernverband stehen an, evtl. machen auch zwei ergänzende Initiativen Sinn.

Urs Hans: Differenzen gibt es nicht nur im Bauernverband, sondern auch bei den Grünen (Bauern). Ökologisierung ist das eine, aber wir müssen auch sinnvoll produzieren. Für 60% Ernährungssouveränität müssen wir mehr produzieren, aber 50% der Direktzahlungen in ökologische Produktion würde nur zur Ausweitung der Produktionsflächen führen, und das ist nicht das, was wir wollen. → Die Bauern haben nicht 100% die gleiche Haltung wie die Grünen, auch nicht die Biobauern. Den Grünen geht es nicht nur um Menge/Produktion, sondern auch um Qualität und Standards. → Urs Hans: Wenn man mehr (Bioprodukte) importiert, hat man noch weniger Einfluss auf Standards und Qualität. → Deswegen soll Bio-Anbau in der Schweiz mit einem finanziellen Anreiz gefördert werden.

Regula Kaeser: Dafür könnten wir das Wording anpassen: Gelder nicht in «Landbau», sondern in «ökologische Nahrungsmittelproduktion» investieren.

Projekt 3:

Initiative für bezahlbaren und ökologischen Wohnungsbau

Auf nationaler Ebene besteht hier Handlungsbedarf.

Ziel der Initiative

- Spekulation, Wohnungsnot und horrenden Mietzinsen stoppen
- Haushälterischen Umgang mit Boden
- Ökologischer und bezahlbarer Wohnraum
- Kantonale und kommunale Wohnungspolitik fördern



Politischer Handlungsbedarf

- Sozialen Ausschluss aus Wohnungsmarkt verhindern
 - Anstieg Mieten 20% zwischen 2000 – 2010
 - Reduktion Wohnbauförderung trotz Wohnungsnot
- Ökologische Sanierung von Liegenschaften beschleunigen
 - Wohnbereich verursacht 20% der Umweltbelastung
 - Kleinere Haushalte und Nachfrage nach mehr Wohnfläche erschweren Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes
- Wohnpolitische Impulse setzen
 - Schwache Genossenschaftsbewegung trotz potentiellm Einfluss
- Zielkonflikte lösen
 - Ökologische Sanierungen werden oft zu einer nicht nachweisbaren Verteuerung der Mieten missbraucht und stossen deshalb auf Ablehnung.
 - Auf die in der Ecopop-Initiative angesprochenen Probleme der Kulturland- und Wohnungsverknappung braucht es eine konkrete und konstruktive Antwort.

Kommunikation

- Viele sind von Wohnungsnot betroffen
- Verbesserung durch ökologisches Wohnen
- Schwergewicht auf Förderung von Eigeninitiative
- Gemeindeabstimmungen bestätigten Popularität

Mögliche Allianzen

- Gemeinnützigen Wohnbauträger
- Mieterverband
- Planungs- und Architekturkreise
- Hochschulen
- Verein «Neustart Schweiz»
- weitere alternative und kommunale Wohnbauprojekte

Vorschlag Initiativtext

Neuer Artikel: Öko- und Sozialdumping bekämpfen

Art. 108 Förderung des ökologischen und bezahlbaren Wohnens ([Ergänzungen blau](#))

¹ Der Bund fördert den Wohnungsbau, den Erwerb von Wohnungs- und Hauseigentum, das dem Eigenbedarf Privater dient, sowie die Tätigkeit von Trägern und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus.

² Er fördert insbesondere die Beschaffung und Erschliessung von Land für den Wohnungsbau, die Rationalisierung und die Verbilligung des Wohnungsbaus, [den flächenschonenden und energieeffizienten Wohnungsbau](#) sowie die Verbilligung der Wohnkosten.

³ Er kann Vorschriften erlassen über die Erschliessung von Land für den Wohnungsbau, für [die Förderung von preisgünstigem und ökologischem Wohnungsbau](#) und die Baurationalisierung.

⁴ Er berücksichtigt dabei namentlich die Interessen von Familien, Betagten, Bedürftigen und Behinderten und [fördert integrative Wohnmodelle](#).

Übergangsbestimmungen

In den Übergangsbestimmungen soll folgendes festgehalten werden:

- Finanzielles Impulsprogramm für die nächsten 10 Jahre zur Förderung des Gemeinnützigen, ökologischen und integrativen Wohnungsbaus (auf Basis der bestehenden Instrumente).
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlagen zur Förderung des flächenschonenden und energieeffizienten Wohnungsbaus und einer Bauweise, die Umweltbelastungen reduziert

Beurteilung des Initiativprojekts

politische Bedeutung	Ja: Wohnraumknappheit, Verdichtung und Lebensqualität
Verfassungsstufe	Ja, Gesetzgebungsauftrag
Lösungsbeitrag	Ja, mehrere konkrete Massnahmen möglich
Grünes Thema	Ja: Verknüpfung von Verdichtung und Lebensqualität
positive Positionierung	Ja: neue Wohnformen thematisieren
Interne Mobilisierung	Ja, ist Thema der Grünen in einigen Kantonen und Städten
mögliche Allianzen	Gemeinnützige Wohnbauträger, Mieterverband, Raumplaner
mögliche Konkurrenz	Initiative des Mieterverbands

Verständnisfragen:

Politische Bedeutung: vor allem auch im Zusammenhang mit dem Raumplanungsgesetz. Die interne Mobilisierung hängt von den Kantonalparteien ab, es muss vor allem in den Städten gesammelt werden. Mit dem Mieterverband gibt es Gespräche. Zwei parallele Initiativen machen hier wohl nicht so Sinn.

Esther Guyer: Für uns bringt diese Initiative nichts Neues. Was soll mit der Initiative bewegt werden? Es gibt schon Planungsinstrumente auf den kantonalen Ebenen (Richtplan, Zonenplanung). → Die grosse Kompetenz ist bei den Kantonen, nicht beim Bund, aber der Bund hat früher mehr Geld gegeben und gibt jetzt immer weniger.

Martin Bischoff: Kann man noch Bauen ohne Parkplätze aufnehmen? → Diese Kompetenz liegt nicht beim Bund.

Regula Kaeser: Geht es da nur um Neubau? Müssen nicht auch Sanierungen hinein? Da haben wir wieder den Konflikt mit dem Denkmalschutz etc.

Markus Knauss: Das Projekt ist zu unkonkret und nicht innovativ. Evtl. Wohnflächenverbrauch thematisieren? → Das wär sehr radikal, die Diskussionen laufen noch in der Geschäftsleitung. → Bastien: Auf nationaler Ebene gibt es das Gebäudesanierungsprogramm, es geht um die Verbindung von sozial und ökologisch. Energetische Sanierungen und Mieteranliegen sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Da ist der Mieterverband jetzt auch schon etwas eingeschwenkt. Handlungsbedarf gibt es national auf jeden Fall.

Thomas Schmid: Bei den Allianzen fehlt der Haus(eigentümer)verein.

Alex Martinovitz: Das ist zu unkonkret, für unseren Kanton nur beschränkt interessant. Auch das Geld wird zu unkonkret gefordert. In der Stadt bringen wir unsere Anliegen durch, im Kanton verbessert sich die Situation sehr langsam. Aber die städtischen Räume sind in einer krassen Minderheitssituation, auch wenn uns das nicht so vorkommt, auf dem Land sprechen diese Probleme zu wenig Leute an.

Zeitplan Initiative

- Juli bis September 2013:
 - Weiterentwickeln und Konkretisieren des Initiativtextes mit Hilfe von internen und externen ExpertInnen sowie erste rechtliche Prüfung
 - auf Wunsch: Vorstellen der Initiativprojekte in den Kantonen
 - parallel dazu: Suche nach Allianzpartnern
- 4. Oktober 2013:
 - Versand überarbeitete Initiativtexte an Kantonalparteien und Vorstand
- 19. Oktober 2013:
 - Vorstand: Diskussion der Initiativprojekte; Beschluss über Anpassungen
 - Kommunikation
- 2. November 2013:
 - Koordinationskonferenz (Präsi-Seki-Treffen); Empfehlung
 - evtl. Kommunikation
- 16. November 2013:
 - Vorstand: Beschluss über Antrag an die Delegiertenversammlung
- November/Dezember 2013:
 - letzte Prüfung des Initiativtextes mit VerfassungsrechtlerIn
 - erste Kontakte mit Bundeskanzlei im Dezember

- 25. Januar 2014:
 - Delegiertenversammlung Delémont: Definitiver Beschluss Initiativprojekt
 - Kommunikation
- 27. Januar 2014:
 - Initiativtext wird bei der Bundeskanzlei eingereicht
- Ende Februar 2014:
 - Der Text ist in allen Landessprachen von der Bundeskanzlei verabschiedet
- 29. März 2014:
 - Delegiertenversammlung in Glarus: Lancierung der Initiative
 - Kommunikation
- April 2014:
 - Publikation im Bundesblatt – offizieller Sammelstart
- September 2015:
 - Einreichen der Initiative (nach 18 Monaten)
- Oktober 2015:
 - nationale Wahlen

Der Vorstand beschliesst, welche und wie viele Projekte der DV vorgelegt werden

Alle drei Projekte im Überblick

	Öko- und Sozialdumping	gesunde, umweltfreundliche und regionale Lebensmittel	bezahlbarer und ökologischer Wohnungsbau
politische Bedeutung	Ja: mehr Nachhaltigkeit im Welthandel dringend nötig	Ja: wie weiter nach Agrarreform 2014-2017?	Ja: Wohnraumknappheit, Verdichtung und Lebensqualität
Verfassungsstufe	Ja, neue Grundsätze für den internationalen Handel	Ja, Kompetenzzuweisung und Gesetzgebungsauftrag	Ja, Gesetzgebungsauftrag
Lösungsbeitrag	Ja, mehrere konkrete Massnahmen werden vorgeschlagen	Ja, zu mehreren drängenden Problemen im Ernährungsbereich	Ja, mehrere konkrete Massnahmen möglich
Grünes Thema	Ja: Grüne Wirtschaft im internationalen Handel	Ja: nachhaltige Landwirtschaft und Lebensqualität	Ja: Verknüpfung von Verdichtung und Lebensqualität
positive Positionierung	Ja: kritische Haltung zum Welthandel wird allgemein unterstützt	Ja: neue Landwirtschaftsmodelle thematisieren	Ja: neue Wohnformen thematisieren
Interne Mobilisierung	Ja: Verknüpfung Ökologie, Soziales, Wirtschaft und Globales	Ja, spricht Grüne in der Stadt und auf dem Land an	Ja, ist Thema der Grünen in einigen Kantonen und Städten
mögliche Allianzen	Sehr breit: NGO, Gewerkschaften, Unternehmen, Landwirtschaft	Landwirtschafts- und Konsumverbände, Umweltverbände	Gemeinnützige Wohnbauträger, Mieterverband, Raumplaner
mögliche Konkurrenz	Nein, keine in Sicht	Initiative des Bauernverbands	Initiative des Mieterverbands

Diskussion

Res Marti: Öko- und Sozialdumping wurde noch nie auf nationaler Ebene in einer Initiative behandelt, das ist ein sehr spannendes Thema. Das Food-Thema ist sehr klassisch ökologisch, die soziale Komponente fehlt, die Zusammenarbeit mit dem Bauernverband ist sehr schwierig. Das Wohnthema eignet sich für uns nicht.

Regula Kaeser: Für Lebensmittel geht man gern auf die Strasse Unterschriften sammeln, ist konkret, leicht zu erklären. Es ist auch unser Kernthema, essen müssen alle, alle sind betroffen. Das Öko- und Sozialdumping-Thema ist zu weit gefasst.

Thomas Forrer: Das Thema Food leuchtet am meisten ein, es ist ein Dauerbrenner. Die Leute wollen wissen, was sie auf ihrem Teller haben, das holt viele Leute ab.

Karin Rykart: Es gibt noch eine Idee von Louis Schelbert – was ist mit diesem Projekt?

Miriam Behrens: Das Projekt kam erst am Wochenende und wurde noch nicht diskutiert. Es geht dabei um eine finanzpolitische Initiative: Banken und Versicherungen zahlen immer weniger Steuer, auch die Stempelsteuer wird immer mehr abgebaut. Die Initiative will Banken und Versicherungen direkt der Mehrwertsteuer unterstellen. Vorbehalt: Ist das für uns Grüne ein gutes Wahlkampfthema?

Daniel Vischer: Der Vorschlag ist noch sehr frisch. Die SP hat 5 Initiativvorschläge, einer davon eine Art Euro-Banken-Steuer, eins ein Steuerharmonisierungsprojekt, eins das Trennbankensystem. Schelbert will mit der Initiative die Abschwächung der Stempelsteuer durch eine neue Steuer kompensieren.

Marionna Schlatter: Die Initiatividee ist schwer zu verstehen und zu kommunizieren.

Silvia Rigoni: Hat Mühe mit der Wohnungsinitiative. Die Food-Initiative ist zu monothematisch: Das Öko- und Sozialdumping-Thema ist am besten, es steckt viel drin, man es gut mit konkreten Beispielen (Kinderarbeit etc.) kommunizieren.

Alex Martinovitz: Das Öko- und Sozialdumping-Thema, aber einfacher, entschlackter. Sonst machen wir uns mit dieser Initiative zu angreifbar.

Ueli Gysel: Das Öko- und Sozialdumping-Thema fasziniert. Das ist etwas Neues, das noch nie angesprochen wurde. Zudem ist es mit Internationalisierung, Globalisierung immer wichtiger. Weiter verfolgen. Das Food-Thema ist schon ein ausgetrampelter Pfad.

Esther Guyer: Wie ist das mit den rechtlichen Aspekten bei der ersten Öko- und Sozialdumping-Initiative? Food wär sicher am allereinfachsten zu sammeln, das ist ein wichtiges Argument. Wohnen kommt nicht in Frage für den Kanton Zürich.

Bastien Girod: Hat bei allen Projekten mitgearbeitet. Das Öko- und Sozialdumping-Thema hat wohl die grösste Chance. Es ist sicher viel einfacher zu sammeln als die Grüne Wirtschaft, z.B. mit dem Argument zur Kinderarbeit. Diese Initiative ist viel konkreter, das Prinzip mit den vergleichbaren Standards leuchtet ein. Ausserdem punkten wir mit der Verknüpfung von Wirtschaft und Sozialem. Zudem zeigen wir, dass wir global denken. Die Machbarkeit ist gegeben, das haben wir an Beispielen abgeklärt. Auch mit der Grünen Wirtschaft sind wir gut gefahren, der Bundesrat hat uns ja schon recht gegeben.

Marionna Schlatter: Wie soll das kontrolliert werden? Diese Frage wird auf der Strasse als Gegenargument kommen.

Urs Hans: Das Öko- und Sozialdumping-Thema ist zu abstrakt, wir haben keinen Einfluss auf die Kontrolle. Die Food-Initiative ist näher und konkreter.

Hans Läubli: Inhaltlich ist Das Öko- und Sozialdumping-Thema das beste. Aber was wollen wir als kleine Schweiz international bewirken? Und wie wollen wir das umsetzen? Das ist

im Foodbereich am einfachsten möglich. Sammeltechnisch und aus pragmatischen Gründen müssten wir uns für die Food-Initiative entscheiden. Wohnen kommt nicht in Frage.

Daniel Vischer: Problem mit dem Öko- und Sozialdumping-Thema: Es ist sehr eurozentristisch. Wir wollen hohe Standards, weil wir nicht wollen, dass z.B. China aufholt. Wir leben in der Wohlstandzone. Genau diese Diskussionen sind die Probleme an den Weltkonferenzen. Die Initiative ist eigentlich eine Anti-China-Kampagne.

Ueli Gräflein: Das Öko- und Sozialdumping-Thema ist spannend, aber braucht viele Erklärungen. Das Food-Thema hat wohl bessere Chancen. Wir sollten zuerst Food sammeln und Öko- und Sozialdumping in der Pipeline behalten. Beim Food-Thema müssen wir auch die Reduktion der Fleischproduktion zugunsten der Gemüseproduktion integrieren.

Bastien Girod: Zu den weltpolitischen Implikationen: Fairtrade macht ein Produkt nicht viel teurer, garantiert aber Mindestlöhne in den Produktionsländern. Die Öko- und Sozialdumping-Initiative will nicht, dass alles in Europa produziert wird, sondern dass überall fair und ökologisch produziert wird. Das muss sicher noch besser ausgearbeitet werden. Es gibt schon gute Produktion, das muss erhöht werden.

Hans Läubli: Das Öko- und Sozialdumping-Thema hat nichts mit Eurozentrismus zu tun.

Regula Kaeser: Heute werden Fairtrade-Produkte von Grosshändlern z.T. mit Billigprodukten quersubventioniert. → Bastien Girod: Bei einer Tasse Kaffee macht das 5 Rappen. → Marionna Schlatter: Die Quersubventionierung läuft oft auch andersrum.

Thomas Schmid: Ist keine Anti-Xtrata-Initiative in Sicht? → Daniel Vischer: Es gibt viele Vorstösse, das einzige, was sich durchsetzt, ist die Transparenzschiene. Für alles andere ist es sehr schwer, Ansatzpunkte zu finden. → Miriam Behrens: Das Thema wurde auch diskutiert. Es gibt eine JUSO-Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation. Die grossen Rohstoffkonzerne agieren meist international und haben bei uns nur ihren Sitz. Deswegen ist es schwer, dort anzusetzen.

Regula Zahnd: Für die ersten zwei Themen kann man Bewusstsein schaffen. Wohnen ist aber auch ein Thema. Jeder Mensch sollte das Recht auf einen schönen Wohnraum haben. Nicht unbedingt gross und luxuriös – aber menschenwürdig.

Urs Hans: Fleischkonsum frisst weltweit am meisten Ressourcen, das können wir gut thematisieren. Die meisten, die auf Bio umstellen, sind Gärtnereien.

Thomas Forrer: Beim Öko- und Sozialdumping-Thema dürfen wir nicht ins gleiche Schema fallen wie die Ecopop-Initiative: Wir wollen unsere Standards schützen, weil wir wissen, was am besten ist, und lassen nichts anderes mehr ins Land. Das ist dieser Inselgedanke, vor dem wir aufpassen müssen. Auch andere können Standards aufstellen.

Stefanie Saxer: Die Jungen Grünen sind an einer Food-Initiative, die würde dann untergehen. → Miriam Behrens: National gibt es bisher keinen Vorschlag für eine Junge Grüne Initiative. Wenn es das Thema Food wird, dann sicher zusammen mit den Jungen Grünen.

Daniel Vischer: «Der Bund sorgt für eine gesunde Ernährung» kann falsch verstanden werden, klingt nach Ernährungspolizei. Das muss man vielleicht umformulieren. Wir wollen eine Strukturänderung, keine Verhaltensänderung.

Urs Hans: Da sollten wir eher von Transparenz (z.B. bei Grundwasserbelastungen) reden, das gäbe der Bioproduktion Schub.

Silvia Rigoni: Das Öko- und Sozialdumping-Thema ist nicht isolationistisch, sondern im Gegenteil ein internationaler Gedanke → positive Wahrnehmung.

Bastien Girod: Internationale Aspekte beim Öko- und Sozialdumping-Thema: Importierte Ressourcen müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Jede Initiative ist eine Herausforderung. Wir müssen auf einen Gegenvorschlag hinarbeiten, wenn wir wirklich Etwas bewegen wollen, das war auch bei der Grünen Wirtschaft und bei der Offroader-Initiative so. Wenn das Öko- und Sozialdumping-Thema etwas protektionistisch daher kommt, hilft das vielleicht auf diesem Weg.

Miriam Behrens: Beim Öko- und Sozialdumping-Thema müssen wir schon aufpassen wegen Eurozentrismus. Das ist ein berechtigtes Risiko, die südlichen Länder würden etwas benachteiligt.

Ornella Ferro: Aus pragmatischen Gründen für Food-Initiative, die Grüne Wirtschaft war schwierig zu erklären. Aber auch: Es geht um Produktion im Inland und verlangt Standards von importierten Lebensmitteln – das ist konkret und lässt sich gut erklären.

Daniel Vischer: Welche Initiativen haben Erfolg? Die, die bei der Lancierung ein Aha-Erlebnis auslösen. Unsere (internen) Kompromisse werden von der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen. Das war so bei der Offroader-Initiative, z.B. aber auch bei der 1:12-Initiative – alle wissen, dass es diese Initiative gibt! Die Mindestlohninitiative ist ein Gegenbeispiel (Kompromissinitiative), das auf einen Gegenvorschlag angewiesen ist. Was wollen wir mit unserer Initiative? Politischen Erfolg oder «Eklat»? Wir brauchen eine Initiative, mit der wir mindestens 35% bei der Abstimmung machen, aber keine Initiative, für die wir nur einen Gegenvorschlag wollen. Wir brauchen eine Initiative, bei der alle gleich wissen, worum es geht.

Marionna Schlatter: Das haben wir z.B. bei der Kulturlandinitiative geschafft – auch wenn die Umsetzungsdiskussionen jetzt eher frustrierend sind. Für uns ins Zürich wäre das Food-Thema interessant, auch weil es an die Kulturlandinitiative anlehnt. Das Verhältnis mit dem Bauernverband ist schwierig – aber auch interessant (auch z.B. für die Medien). Wir sind so nah an den Bauern, dass sie nicht mehr einfach eine andere Schiene fahren können – das ist gut für uns, wir nehmen dem politischen Gegner die Argumente.

Konsultativabstimmung

	Öko- und Sozialdumping	gesunde, umweltfreundliche und regionale Lebensmittel	bezahlbarer und ökologischer Wohnungsbau
Dieses Initiativprojekt ist mein derzeitiger Favorit	7	19	1
Für diese Initiative würde ich keine Unterschriften sammeln gehen	0	0	11

Nachtrag

Eine Nachfrage bei den Jungen Grünen zeigte, dass es auf jeden Fall eine eidgenössische Volksinitiative der Jungen Grünen geben soll, die aber vermutlich etwas später lanciert wird (Sommer 2014).